

Wirtschaftsforum: «Green Deal ist volkswirtschaftlich sinnvoll»

Das Wirtschaftsforum Graubünden hat sich mit dem Green Deal und den zusammenhängenden Fragen der Energiepolitik auseinandergesetzt. Die Resultate daraus stärken die Pläne des Kantons punkto Klimaschutz.

Patrick Kuoni

Der Ukrainekrieg hat in Kombination mit dem Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2050 Auswirkungen auf die Energiepolitik in ganz Europa. Die Schweiz und Graubünden sind dabei keine Ausnahmen. Es werden zahlreiche Wind- und Solarenergieprojekte angestossen. Und Wasserkraftprojekte, die zuvor aufgrund fehlender Rentabilität in der Schublade verschwunden sind, werden wieder hervorgeholt. Einige Projekte haben auch bereits erste Hürden genommen. Das Wirtschaftsforum Graubünden mit Sitz in Chur, welches sich selber als «Denkwerkstatt der Wirtschaft» bezeichnet, hat sich in zahlreichen Arbeitsstunden damit auseinandergesetzt, ob das Netto-Null-Ziel bis 2050 und die damit verbundenen angestossenen Projekte auch für die Bündner Volkswirtschaft lohnenswert sein können. Die kurze Antwort lautet: Ja, kann es.

Energiekosten steigen kaum

Das Wirtschaftsforum kommt nämlich zum Schluss, dass mit der Dekarbonisierung die Energiekosten für die Volkswirtschaft insgesamt nicht steigen werden. Dafür hat das Wirtschaftsforum eine grobe Rechnung angestellt: «Wir haben analysiert, wie viel Energie wir im Jahr 2018 gebraucht haben und wie hoch die Kosten dieser sind, dabei geht es wirklich ausschliesslich um den Energiepreis und nicht um Leitungen und dergleichen. Dann haben wir diesen Preis verglichen mit möglichen Energiekosten nach der Dekarbonisierung.» Dabei geht das Wirtschaftsforum davon aus, dass mehr Strom, aber weniger Energie erforderlich sein wird. «Bei den Autos geht mit Benzin ein grösserer Teil an Kraft verloren als mit Elektroantrieb. Und auch mit den Wär-



Präsentiert die Erkenntnisse: Der Geschäftsführer des Wirtschaftsforums Graubünden, Peder Plaz, hat sich intensiv mit der Energiezukunft auseinandergesetzt. Bild: Livia Mauerhofer

mepumpen steigt die Effizienz.» Das Wirtschaftsforum errechnet für das Jahr 2018 für Graubünden Energiekosten von rund 600 Millionen Franken. Künftig, nach erfolgter Dekarbonisierung, wären es rund 620 Millionen Franken (siehe Grafik). «Klar werden noch einige zusätzliche Kosten anfallen, gleichzeitig wird es bei der erneuerbaren Energie aber noch weitere technologische Fortschritte geben», erklärte Plaz am Donnerstag vor den Medien.

Zusätzlich würde das Geld der Bündner Konsumenten künftig nicht mehr für den Kauf von Treibstoffen ins Ausland abfliessen, sondern es würde für den Aufbau von Stromproduktionen

in Graubünden bleiben. «Damit wird das BIP in Graubünden um eine halbe bis ganze Milliarde pro Jahr gestärkt», bilanzierte Plaz. «So gesehen ist die Dekarbonisierung von Graubünden nicht nur klimapolitisch notwendig, sondern sogar volkswirtschaftlich erstrebenswert und damit möglichst rasch umzusetzen.» Und in seinem Papier hält das Forum fest: «Die bisherige Geschwindigkeit des Umbaus der Energieträger genügt nicht, um 2050 CO₂-neutral zu sein.»

Geschwindigkeit dank Bürgerschaft

Damit stellt sich die Frage, wie dieses Tempo erhöht werden kann. Das Wirtschaftsforum kommt zum Schluss, dass dies kaum ohne staatliche Steuerung, Anreize und Förderungen geht. «Denn obwohl die Dekarbonisierung volkswirtschaftlich interessant ist, kann es sein, dass aus Sicht der Haushalte und Investoren nicht jede Massnahme rentabel ist.»

Das Forum schlägt vor, auch den Einsatz von Klimabürgschaften zu prüfen, um die Finanzierung des Ausbaus der Fotovoltaik auf den Dächern sowie die Umrüstung der Heizsysteme zu unterstützen. Also, dass der Kanton in Anlehnung an die Covid-19-Kredite für die Kredite bürgt. «Wir glauben, dass dieses Instrument die Geschwindigkeit der Umrüstung insbesondere bei Gewerbebauten und Mehrfamilienhäusern erhöhen könnte. Wir schlagen deshalb vor, dass umrüstungswilligen Privathaushalten oder Unternehmen die Investition in die Umrüstung von Heizungen und die Investition in PV-Anlagen auf Dächern vollständig durch die Banken mit Hypotheken finanziert wird», so Plaz.

Weiter solle der Kanton gemeinsam mit dem Bund klären, wie die Finanzierung von strategischen Grossprojekten auch unter unsicheren Marktentwicklungen gesichert werden könne, damit diese Projekte raschmöglichst realisiert würden. Dies insbesondere bei Wasserkraftprojekten. Auch hier hat das Wirtschaftsforum eine Lösung bereit: bedingt rückzahlbare Darlehen. «Bund und Kanton gewinnen so Zeit, um allfällige Marktregeln neu zu gestalten, damit die tatsächlichen Defizite dieser

Projekte später möglichst gering ausfallen oder besser gar nicht anfallen. Die Projektentwickler auf der anderen Seite werden so deblockiert und müssen nicht abwarten, bis die Politik es schafft, die richtigen Rahmenbedingungen zu formulieren, damit die strategischen Projekte wirtschaftlich dargestellt werden können», schreibt das Forum.

In seinem Papier weist das Wirtschaftsforum aber auch darauf hin, dass bezüglich Wind- oder Solarparks auch verschiedene Interessen einander gegenüberstehen. So etwa jene der

«Das BIP in Graubünden wird um eine halbe bis ganze Milliarde pro Jahr gestärkt»

Wirtschaft und des Landschaftsschutzes. Aber auch die Tourismusinteressen sind nicht überall mit den Interessen der Energieproduktion zu vereinbaren, weshalb gewisse Energieprojekte gerade in Tourismusgemeinden auch an den Abstimmurnen scheitern könnten. Dies, weil etwa ein Windkraftprojekt allenfalls die Attraktivität einer Destination beeinträchtigen und damit die Wertschöpfung durch den Tourismus teilweise gefährden könnte.

Ob ein Projekt in einer Gemeinde gut ankommt, dürfte ausserdem gemäss Analyse auch darauf ankommen, wie der realisierbare Wind- oder Solarzins ins Gewicht fällt. «Dieser Zins kann in einer peripheren Gemeinde mit niedrigem Steuereinkommen sehr bedeutend und damit wertvoll sein, während er in einer grossen Gemeinde mit hohem Steuereinkommen marginal bleibt und damit die negativen Elemente einer Energieproduktion allenfalls grösser ausfallen als die positiven.»

CS: Reber übernimmt Leitung in St. Moritz

St. Moritz Andreas Reber übernimmt bei der Credit Suisse (CS) per sofort die Leitung des Standorts St. Moritz. Er folgt damit auf Stephan Uebersax. Dies gab die Schweizer Grossbank bekannt, die nach der Notübernahme von Mitte März bekanntlich in den kommenden Monaten in die UBS integriert wird. Reber bringe 30 Jahre Erfahrung aus verschiedenen Funktionen und Regionen der UBS mit, heisst es in der Mitteilung. Er war bis im Frühjahr 2023 acht Jahre als Regionenleiter Wealth Management Bern tätig gewesen. Danach unterstützte er im Wealth Management die Integration der Credit Suisse in die UBS. Ausserdem hatte Reber früher als Regional Market Manager von Hongkong und Singapur aus verschiedene Märkte im asiatisch-pazifischen Raum betreut. Er wohnt mit seiner Familie in Graubünden.

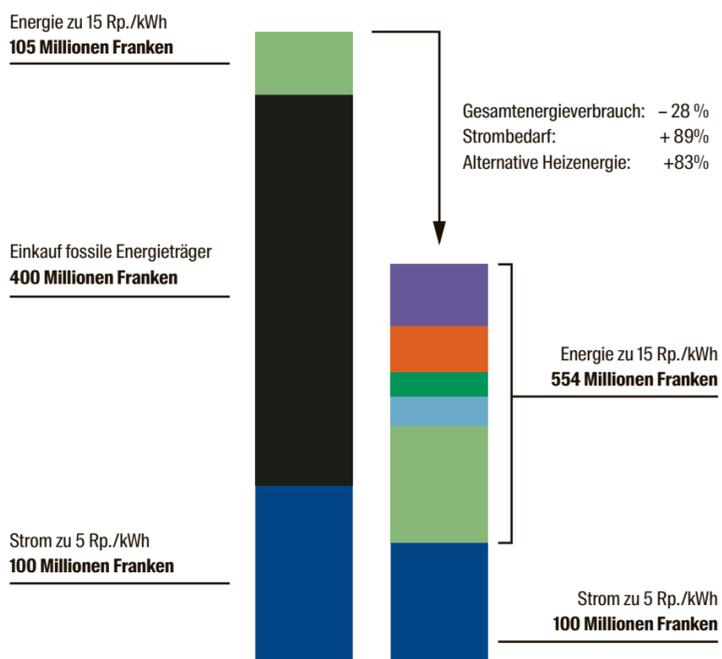
Die Credit Suisse betreibt in Graubünden neben der Geschäftsstelle in St. Moritz aktuell je eine Bankfiliale in Chur und Davos. Die UBS ist im Kanton ebenfalls in Chur, Davos und St. Moritz mit einem Standort vertreten – hinzu kommt eine Filiale in Ilanz. Wie die Zukunft der einzelnen Standorte aussieht, ist derzeit unklar (Ausgabe vom 4. September). Seit dieser Woche ist aber bekannt, dass Christoph Zeller von der Credit Suisse ab dem 23. Oktober neuer Regionaldirektor der UBS Ostschweiz wird. Zeller wohnt in Walenstadt und ist seit über 30 Jahren für die CS tätig, in den letzten zehn Jahren als Leiter des Ostschweizer Firmenkundengeschäfts der Bank. Welchen Weg der Engadiner Gian Reto Staub, der für die UBS bisher die Region Ostschweiz geleitet hat, in Zukunft einschlagen will, ist noch unklar, wie aus UBS-Kreisen zu vernehmen ist. (sid)

Samedan unterstützt neue Stelle nicht

Samedan Anlässlich der Präsidentenkonferenz vom 24. August wurde beschlossen, St. Moritz Energie mit dem Aufbau einer regionalen Energieberatungsstelle zu beauftragen. Die Gemeinde Samedan hat sich laut einer Mitteilung aber wie weitere Gemeinden dagegen ausgesprochen. Begründet wird dies damit, dass für die Aufklärung und Beratung der lokalen Hauseigentümer – dies ist laut Mitteilung das Ziel der Beratungsstelle – zahlreiche staatliche, institutionelle und private Fachstellen bestehen. Nach Ansicht des Gemeindevorstandes ist der Beschluss der PK nicht verbindlich. «Die Region wurde von den Gemeinden nicht ermächtigt, diesbezüglich potenziell tätig zu werden.» Jede Gemeinde könne mit St. Moritz Energie bilateral einen Leistungsauftrag abschliessen. Samedan werde darauf verzichten. (red)

Vergleich Energiekosten 2018 und mit Dekarbonisierung

Die Grafik zeigt, wie sich die Energiekosten im Vergleich zum Jahr 2018 entwickeln, wenn die Dekarbonisierung umgesetzt wird. Der Vergleich zeigt, dass durch die erneuerbaren Energien zwar höhere Energiekosten pro Kilowattstunden (kWh) entstehen, gleichzeitig aber auch weniger Gesamtenergie verbraucht wird. Ausserdem können die 400 Millionen Franken, die heute für fossile Energieträger ins Ausland abfliessen, in Graubünden behalten werden.



Quelle: Wirtschaftsforum Graubünden

INSERAT

«Es braucht erfahrene Persönlichkeiten, die den Bündner Tourismus unterstützen.»

Andreas Züllig
Präsident
HotellerieSuisse

Magdalena Martullo-Blocher
bisher
2x auf SVP
Power Liste 1